

Rechtsfragen zum Sonderkündigungsschutz gem. § 15 KSchG
im Zusammenhang mit Umstrukturierungen

Valentin Lang

**Rechtsfragen zum Sonderkündigungsschutz
gem. § 15 KSchG im Zusammenhang
mit Umstrukturierungen**

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-96138-284-2

© 2021 Wissenschaftlicher Verlag Berlin

Olaf Gaudig & Peter Veit GbR

www.wvberlin.de / www.wvberlin.com

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, auch einzelner Teile, ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für fotomechanische Vervielfältigung sowie Übernahme und Verarbeitung in EDV-Systemen.

Druck und Bindung: SDL – Digitaler Buchdruck, Berlin

Printed in Germany

€ 45,00

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft – im März 2021 als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 21. April 2021 statt.

An erster Stelle möchte ich Herrn Prof. Dr. Klaus-Stefan Hohenstatt für die Betreuung und die Unterstützung beim Abfassen dieser Arbeit danken. Herrn Prof. Dr. Matthias Jacobs danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein herzlicher Dank gilt zudem Herrn Dr. Sebastian Maiß für die Anregung des Themas und den gewinnbringenden Austausch zu dieser Arbeit. Ein solcher Dank gilt ebenfalls Herrn Dr. Sebastian Beckerle, der mit seinen wertvollen Anregungen wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen hat.

Mein ganz besonderer Dank gilt meiner Familie, die mich während meines Studiums und bei dieser Arbeit fortwährend und ausnahmslos unterstützt hat. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im Juli 2021

Valentin Lang

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	X
Abkürzungsverzeichnis	XIX
1. KAPITEL: EINLEITUNG	1
§ 1 Umstrukturierungen als Schlüssel zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit	1
§ 2 Der Sonderkündigungsschutz von Betriebsratsmitgliedern bei Umstrukturierungen	2
§ 3 Ziel und Gang der Untersuchung.....	3
2. KAPITEL: DER SONDERKÜNDIGUNGSSCHUTZ DER BETRIEBSRATSMITGLIEDER ..	5
§ 1 Der Zweck des Sonderkündigungsschutzes der Betriebsratsmitglieder.....	5
§ 2 (Un-)Zulässigkeit von Kündigungen gegenüber Betriebsratsmitgliedern.....	6
A. Ausschluss der ordentlichen Kündigung	6
B. Die außerordentliche Kündigung im Rahmen betrieblicher Umstrukturierungen.....	11
§ 3 Sonstige Beendigungs- und Veränderungstatbestände	14
3. KAPITEL: SYSTEMATISIERUNG DER UMSTRUKTURIERUNGSARTEN IM HINBLICK AUF IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DEN SONDERKÜNDIGUNGSSCHUTZ..	15
§ 1 Der Begriff der Umstrukturierung	15
§ 2 Umstrukturierung von Unternehmen und Betrieben	16
A. Umstrukturierungen auf Unternehmens- und Betriebsebene	16
B. Arten von Umstrukturierungen.....	19
§ 3 Zusammenfassung der Auswirkungen von (betrieblichen) Umstrukturierungen auf den Sonderkündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder.....	27
4. KAPITEL: DER SONDERKÜNDIGUNGSSCHUTZ IM RAHMEN BETRIEBLICHER UMSTRUKTURIERUNGEN.....	29
§ 1 Zulässigkeit betriebsbedingter Beendigungskündigungen	29

A. Die Kündigung bei Stilllegung eines Betriebs und einer Betriebsabteilung gem. § 15 Abs. 4, Abs. 5 KSchG.....	30
B. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen außerhalb von § 15 Abs. 4, Abs. 5 KSchG	46
C. Zusammenfassung.....	65
§ 2 Zulässigkeit von Versetzungen	66
A. Individualrechtliche Zulässigkeit.....	66
B. Zustimmungspflichtigkeit von Versetzungen	76
C. Zusammenfassung.....	89
§ 3 Betriebsverlegung	90
A. Der Sonderkündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder bei Betriebsverlegungen.....	91
B. Betriebsverlegung als Betriebsstilllegung im Sinne des § 15 Abs. 4 KSchG	99
C. Zusammenfassung.....	174
§ 4 Betriebsübergreifende Umstrukturierungen	176
A. Unternehmensinterne Bildung neuer Betriebseinheiten	176
B. Unternehmensübergreifende Betriebsumstrukturierungen.....	203
C. Zusammenfassung.....	211
§ 5 Betriebsübergang	213
A. Abgrenzung zwischen Betriebsübergang und Betriebsstilllegung	214
B. Der Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder bei Betriebs(teil)übergängen	227
C. Zusammenfassung.....	238
 5. KAPITEL: ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE.....	 241
§ 1 Die gesetzliche Ausgestaltung des Sonderkündigungsschutzes der Betriebsratsmitglieder.....	241
§ 2 Kein Sonderkündigungsschutz bei der Umsetzung genereller Maßnahmen	242
§ 3 Anknüpfung des Sonderkündigungsschutzes an den Fortbestand der betrieblichen Identität	243
§ 4 Auswirkungen von betriebsübergreifenden Umstrukturierungen	244
§ 5 Der Sonderkündigungsschutz bei Betriebs(teil)übergängen	244

§ 6 Korrekturbedürftigkeit der Rechtsprechung des BAG zu Betriebsverlegungen.....	245
Literaturverzeichnis.....	247

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	X
Abkürzungsverzeichnis	XIX
1. KAPITEL: EINLEITUNG	1
§ 1 Umstrukturierungen als Schlüssel zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit	1
§ 2 Der Sonderkündigungsschutz von Betriebsratsmitgliedern bei Umstrukturierungen	2
§ 3 Ziel und Gang der Untersuchung.....	3
2. KAPITEL: DER SONDERKÜNDIGUNGSSCHUTZ DER BETRIEBSRATSMITGLIEDER ..	5
§ 1 Der Zweck des Sonderkündigungsschutzes der Betriebsratsmitglieder.....	5
§ 2 (Un-)Zulässigkeit von Kündigungen gegenüber Betriebsratsmitgliedern.....	6
A. Ausschluss der ordentlichen Kündigung	6
I. Ausschluss der ordentlichen Kündigung durch den Arbeitgeber	6
II. Reichweite des Ausschlusses.....	7
1. Teleologische Reduktion bei Massen- bzw. Gruppenänderungskündigungen	7
2. Stellungnahme	8
III. Kein Sonderkündigungsschutz bei der Umsetzung genereller Maßnahmen.....	10
B. Die außerordentliche Kündigung im Rahmen betrieblicher Umstrukturierungen.....	11
I. (Un-)Zulässigkeit außerordentlicher betriebsbedingter Kündigungen.....	11
II. Spannungsverhältnis zur unternehmerischen Freiheit.....	12
III. Zulässigkeit einer außerordentlichen Kündigung mit Auslauffrist	13
§ 3 Sonstige Beendigungs- und Veränderungstatbestände	14
3. KAPITEL: SYSTEMATISIERUNG DER UMSTRUKTURIERUNGSARTEN IM HINBLICK AUF IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DEN SONDERKÜNDIGUNGSSCHUTZ..	15
§ 1 Der Begriff der Umstrukturierung	15
§ 2 Umstrukturierung von Unternehmen und Betrieben	16
A. Umstrukturierungen auf Unternehmens- und Betriebsebene	16
I. Unterscheidung zwischen Unternehmen und Betrieb	17
II. Unterscheidung von Umstrukturierungen auf Unternehmens- und Betriebsebene.	18

B. Arten von Umstrukturierungen	19
I. (Rein) gesellschaftsrechtliche Vorgänge	19
II. (Rein) arbeitsrechtliche Vorgänge	20
III. Misch- bzw. Überschneidungstatbestände	21
1. Unternehmensumwandlungen	21
a) Regelungstechnik des UmwG.....	21
aa) Umwandlungsarten	21
bb) Verhältnis des UmwG zur Regelung des § 613a BGB	22
b) Auswirkungen von Unternehmensumwandlungen auf den Sonderkündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder	24
2. Unternehmensumstrukturierungen im Wege der Einzelrechtsnachfolge, Betriebs(teil)übergang	25
3. Liquidation und Eröffnung des Insolvenzverfahrens	26
§ 3 Zusammenfassung der Auswirkungen von (betrieblichen) Umstrukturierungen auf den Sonderkündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder	27
4. KAPITEL: DER SONDERKÜNDIGUNGSSCHUTZ IM RAHMEN BETRIEBLICHER UMSTRUKTURIERUNGEN	29
§ 1 Zulässigkeit betriebsbedingter Beendigungskündigungen	29
A. Die Kündigung bei Stilllegung eines Betriebs und einer Betriebsabteilung gem. § 15 Abs. 4, Abs. 5 KSchG.....	30
I. Kündigung bei Betriebsstilllegung, § 15 Abs. 4 KSchG.....	32
1. Die Stilllegung eines Betriebs	32
a) Begriff der Betriebsstilllegung.....	32
b) Abgrenzung zur Betriebsunterbrechung	34
2. Weiterbeschäftigungsmöglichkeit im Rahmen von § 15 Abs. 4 KSchG.....	35
a) Dogmatische Herleitung	35
b) Freikündigungspflicht im Rahmen von § 15 Abs. 4 KSchG	37
3. Beteiligung des Betriebsrats	37
II. Stilllegung einer Betriebsabteilung, § 15 Abs. 5 KSchG	38
1. Stilllegung einer Betriebsabteilung	38
2. Übernahmepflicht des § 15 Abs. 5 KSchG.....	39
a) Möglichkeit der Weiterbeschäftigung in einer anderen Betriebsabteilung.....	40
aa) Bestehen eines gleichwertigen Arbeitsplatzes	40
bb) Geringwertigerer Arbeitsplatz.....	42
b) Weiterbeschäftigung in einem anderen Betrieb des Unternehmens	43
c) Unmöglichkeit der Weiterbeschäftigung	44

3. Beteiligung des Betriebsrats	45
III. Zusammenfassung	45
B. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen außerhalb	
von § 15 Abs. 4, Abs. 5 KSchG	46
I. Zulässigkeit einer außerordentlichen Kündigung	46
1. Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeit.....	47
2. Wahrung der Kündigungserklärungsfrist des § 626 Abs. 2 BGB.....	50
a) Anwendbarkeit der Kündigungserklärungsfrist im Rahmen von § 15 KSchG..	51
b) Fristbeginn	51
3. Beteiligung des Betriebsrats	55
a) Zustimmungspflichtigkeit gem. § 103 BetrVG	55
aa) Zustimmungsverfahren gem. § 103 Abs. 1 BetrVG	55
bb) Zustimmungsersetzungsverfahren gem. § 103 Abs. 2 BetrVG	57
cc) Präjudiz des Zustimmungsverfahrens	59
b) Beteiligung des Betriebsrats gem. § 102 BetrVG.....	59
4. Notwendigkeit einer Sozialauswahl	60
II. Erfordernis der Einhaltung einer Auslaufrfrist	64
C. Zusammenfassung.....	65
§ 2 Zulässigkeit von Versetzungen	66
A. Individualrechtliche Zulässigkeit.....	66
I. Änderung der vertraglichen Arbeitsbedingungen als wichtiger Grund.....	67
1. Zumutbarkeit des Änderungsangebots	68
2. Bezugszeitraum der Zumutbarkeitsprüfung	70
a) Voraussichtliche Amtszeit des Betriebsratsmitglieds als Bezugszeitraum	71
b) Abweichender Maßstab bei Einzeländerungskündigungen?	72
aa) Widersprüchlichkeit der Rechtsprechung des BAG	73
bb) Schutzzweckorientierte Auslegung.....	74
II. Fristbeginn bei Änderung der vertraglichen Arbeitsbedingungen	76
B. Zustimmungspflichtigkeit von Versetzungen	76
I. Betriebsverfassungsrechtlicher Begriff der Versetzung	76
1. Änderung des Arbeitsbereichs.....	77
2. Erheblichkeit der Änderung	78
II. Betriebsverfassungsrechtlicher Schutz bei Versetzungen	79
1. Verhältnis zwischen § 99 BetrVG und § 103 Abs. 3 BetrVG	79
2. Zustimmungspflichtigkeit von Versetzungen	80
a) Versetzungen im Anwendungsbereich von § 99 BetrVG	80
b) Betriebsverfassungsrechtlicher Versetzungsschutz über § 103 Abs. 3 BetrVG.	81

aa) Zustimmungspflichtigkeit von Versetzungen im Rahmen des Direktionsrechts	81
bb) Ersetzung der Zustimmung durch das Arbeitsgericht	83
3. Vorläufige bzw. einseitige Durchführung einer Versetzung	85
a) Möglichkeit der vorläufigen Durchführung einer Versetzung	85
b) Rechte des Betriebsrats bei einseitiger Durchführung einer Versetzung	86
aa) Aufhebung der Versetzung, § 101 BetrVG analog	87
bb) Allgemeiner Unterlassungsanspruch	88
C. Zusammenfassung	89
§ 3 Betriebsverlegung	90
A. Der Sonderkündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder bei Betriebsverlegungen	91
I. Ausspruch von (außerordentlichen) Änderungskündigungen	92
1. Betriebsverlegung als wichtiger Grund im Sinne des § 626 Abs. 1 BGB	92
2. Genereller Effekt einer Betriebsverlegung	94
II. Die Beteiligung des Betriebsrats bei Betriebsverlegungen	94
1. Versetzung trotz unverändertem Bezug des Arbeitsplatzes zur betrieblichen Umgebung?	95
a) (Vermeintlicher) Widerspruch zu früheren Beschlüssen des BAG	95
b) Kein Spezialitätsverhältnis zwischen § 99 BetrVG und § 111 BetrVG	96
c) Sinn und Zweck der Mitbestimmung bei Versetzungen	97
2. Betriebsverfassungsrechtlicher Versetzungsschutz	98
III. Zusammenfassung	99
B. Betriebsverlegung als Betriebsstilllegung im Sinne des § 15 Abs. 4 KSchG	99
I. Anknüpfungspunkt: Lehre von der betrieblichen Identität	100
1. Betriebsnachfolge als Bezugspunkt der Betriebsidentität	100
a) Entstehung der Lehre von der betrieblichen Identität	100
b) Wahrung der betrieblichen Identität bei Betriebsnachfolge	103
2. Kriterien für die Bestimmung der betrieblichen Identität	103
a) Ausprägungen der Betriebsidentität	104
b) „Der“ Betrieb als Bezugspunkt der Betriebsidentität	104
aa) Begriff und Funktion des Betriebs im Betriebsverfassungsrecht	105
bb) Begriff und Funktion des Betriebs im Betriebsübergangsrecht	106
c) Typologische Gesamtbetrachtung	107
II. Ansatz der Rechtsprechung zum Verlust der betrieblichen Identität bei Betriebsverlegungen	108
1. Früherer Ansatz der Rechtsprechung: Fortsetzung der Betriebsgemeinschaft ...	109
2. Abkehr von dem Kriterium der Fortsetzung der Betriebsgemeinschaft	109

a) Räumliche Verlegung + Aufbau einer neuen Belegschaft	110
b) Rezeption in Rechtsprechung und Literatur	112
3. Rechtsprechung zu Betriebsverlegungen im Zuge von Betriebsveräußerungen ..	113
a) Übernahme des Ansatzes in das Betriebsübergangsrecht – Wandel durch <i>Ayşe Süzen</i>	113
b) Beibehaltung des Ansatzes der Rechtsprechung bei „reinen“ Betriebsverlegungen	115
III. Der Ansatz der Rechtsprechung im Lichte der Lehre von der betrieblichen Identität.....	117
1. Kündigungsschutz als Bestandsschutz für Angestellte nach Betriebsinhaberwechsel.....	118
2. Der Zweck des Kriteriums der betrieblichen Identität bei Betriebsverlegungen .	119
a) Gewährung von Bestandsschutz	120
b) Anknüpfung an die Lehre von der betrieblichen Identität im Betriebsverfassungsrecht.....	120
IV. Fehlende Konturierung der Abgrenzungskriterien	122
1. Übernahme des „wesentlichen Teils“ der Belegschaft.....	123
a) Begriff des wesentlichen Teils in anderen Regelungen	123
b) Schwellenwerte des § 13 Abs. 2 BetrVG.....	124
c) Zahl der betroffenen Arbeitnehmer im Rahmen von § 111 BetrVG.....	126
d) Rechtsprechung zu § 613a BGB.....	127
2. Nicht ganz unerhebliche räumliche Verlegung.....	130
a) Maßstab des § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BetrVG	130
b) Nicht ganz unerhebliche Veränderung der örtlichen Lage im Sinne von § 111 BetrVG.....	131
c) Das Kriterium der räumlichen Verlegung in Rechtsprechung und Literatur .	132
V. (Vermeintliche) Unpraktikabilität des Ansatzes der Rechtsprechung	133
1. Kündigungen im Zuge von Betriebsverlegungen.....	133
a) Grundsatz des Vorrangs der Änderungskündigung vor der Beendigungskündigung	134
aa) Vorrang der Änderungskündigung vor der Beendigungskündigung	134
bb) Konkretisierung des Grundsatzes im Kündigungsschutzrecht.....	135
b) Änderungskündigung trotz Ablehnung eines vorherigen Änderungsangebots? .	136
aa) Verhandlungslösung des BAG – Entscheidung vom 27.09.1984.....	136
bb) Akzentverschiebung in den Entscheidungen des BAG vom 21.04.2005	137
c) Vorrang der Änderungskündigung bei Betriebsverlegungen – um (fast) jeden Preis	138
2. Folgen für Betriebsratsmitglieder aus dem Vorrang der Änderungskündigung ..	140
a) Unsicherheit im Kündigungszeitpunkt	140
b) Keine Gleichsetzung von Betriebsstilllegung und -verlegung	141
3. Strikte Anwendung des Prognoseprinzips	141

a)	Überblick über die Verankerung des Prognoseprinzips in anderen Rechtsgebieten	142
aa)	Das Prognoseprinzip im Verfassungsrecht	142
bb)	Prognoseentscheidungen im Verwaltungsrecht	143
cc)	Weitere Prognoseentscheidungen	145
b)	Das Prognoseprinzip im Kündigungsrecht	146
aa)	Ausprägungen des Prognoseprinzips im Kündigungsrecht	147
aaa)	Personenbedingte Kündigung.....	147
bbb)	Verhaltensbedingte Kündigung	149
ccc)	Betriebsbedingte Kündigung.....	150
bb)	Überprüfbarkeit kündigungsrechtlicher Prognoseentscheidungen	151
aaa)	Prognosespielraum des Arbeitgebers.....	151
bbb)	Wahrscheinlichkeitsgrad einer kündigungsrechtlichen Prognoseentscheidung	153
c)	Schlussfolgerungen für die Anwendung des Prognoseprinzips bei Betriebsverlegungen	154
aa)	Notwendige Elemente jeder Prognoseentscheidung	154
bb)	Kennzeichnende Elemente für Prognoseentscheidungen bei Betriebsverlegungen.....	155
4.	Anwendung des Prognoseprinzips bei Betriebsverlegungen	156
a)	Prognosegrundlage	156
aa)	Das Kriterium der räumlichen Entfernung.....	157
bb)	Berücksichtigung weiterer Kriterien.....	158
cc)	Belegschaftsbefragung vor Ausspruch der Kündigung	159
b)	Unsicherheit der Prognoseentscheidung – denkbare Lösungsansätze.....	160
aa)	Berücksichtigung der Reaktion der Arbeitnehmer nach Ausspruch der Kündigung	160
bb)	Beweismaßsenkung.....	162
5.	(Weitgehende) Praktikabilität des Ansatzes des BAG bei bindendem Vorverfahren	164
a)	Hinreichend gesicherte Prognosegrundlage über bindendes Vorverfahren ...	164
b)	Ablehnung eines vorangegangenen Änderungsangebots – Vorrang der Privatautonomie	165
aa)	Kein absoluter Vorrang der Änderungskündigung vor der Beendigungskündigung.....	165
aaa)	Anwendbarkeit des § 2 KSchG bei Änderungsangeboten vor Ausspruch der Kündigung.....	166
bbb)	Zulässigkeit des Ausspruchs von Beendigungskündigungen bei erklärter Ablehnung	168
bb)	Vorrang der Privatautonomie – Rückkehr zur Verhandlungslösung	170
6.	Vorschlag für eine rechtsdogmatisch tragfähigere und praktikablere Lösung ...	171
VI.	Fazit.....	173
C.	Zusammenfassung.....	174

§ 4 Betriebsübergreifende Umstrukturierungen	176
A. Unternehmensinterne Bildung neuer Betriebseinheiten	176
I. Betriebsspaltung	176
1. Die Rechtsstellung des Betriebsrats und seiner Mitglieder bei Betriebsspaltungen .	177
a) Strikte Anbindung des Betriebsratsmandats an die Identität des Betriebs	177
b) Abweichung von dem Grundsatz der ausschließlich	
betriebsbezogenen Zuständigkeit.....	179
aa) Entstehung eines Übergangsmandats.....	179
bb) Voraussetzungen eines Restmandats	180
2. Die Lehre von der betrieblichen Identität als Anknüpfungspunkt	
von Übergangs- und Restmandat.....	181
a) Anknüpfung an die Zahl der verbleibenden bzw. abgespaltenen Arbeitnehmer.	181
b) Anknüpfung an das betriebliche Substrat als Bezugspunkt	
des Betriebsratsamts	182
c) Maßgeblichkeit einer typologischen Gesamtbetrachtung.....	183
3. Auswirkungen einer Betriebsspaltung auf den Sonderkündigungsschutz	
der Betriebsratsmitglieder	186
a) Aufspaltung.....	186
b) Abspaltung	187
c) Eingliederung einer durch Spaltung entstandenen Einheit	189
aa) Eingliederung in einen Betrieb mit Betriebsrat.....	190
bb) Eingliederung in einen betriebsratslosen Betrieb.....	191
d) Betriebsspaltung unter Verlust der Betriebsratsfähigkeit.....	193
II. Verschmelzung von Betrieben oder Betriebsteilen	194
1. Begriff der Verschmelzung von Betrieben oder Betriebsteilen	194
2. Auswirkungen einer Verschmelzung auf den Sonderkündigungsschutz	
der Betriebsratsmitglieder	195
a) Verschmelzung ohne Eingliederung in einen anderen Betrieb	195
b) Verschmelzung unter Eingliederung in einen anderen Betrieb.....	196
aa) Eingliederung in einen Betrieb mit Betriebsrat.....	196
bb) Eingliederung in einen betriebsratslosen Betrieb.....	197
III. Zusammentreffen von Betriebsspaltung und Betriebsverschmelzung	199
1. (Zeitgleiche) Verschmelzung einer durch Spaltung entstandenen Einheit	199
2. Gestreckte Umstrukturierungsprozesse	200
IV. Zusammenfassung zum Sonderkündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder ...	201
B. Unternehmensübergreifende Betriebsumstrukturierungen	203
I. Übertragung operativer Einheiten auf einen anderen Rechtsträger	204
1. Betriebsübergang	205
2. Betriebsteilübergang auf einen oder mehrere Rechtsträger.....	205
a) Betriebsaufspaltung	206

b) Betriebsabspaltung.....	206
c) Entstehung bzw. Auflösung eines Gemeinschaftsbetriebs.....	207
II. Verschmelzung operativer Einheiten mehrerer Rechtsträger	208
III. Umwandlungsrechtliche Besonderheit – der Erhalt der kündigungsrechtlichen Stellung	210
C. Zusammenfassung.....	211
§ 5 Betriebsübergang	213
A. Abgrenzung zwischen Betriebsübergang und Betriebsstilllegung	214
I. Vorliegen eines Betriebsübergangs gem. § 613a BGB	214
II. Abgrenzung zur Betriebsstilllegung.....	215
III. Wahrung der betrieblichen Identität bei Verlegungen im Zuge von Betriebs(teil-) veräußerungen.....	216
1. Berücksichtigung der Erheblichkeit der räumlichen Entfernung	216
a) Die räumliche Entfernung in der Rechtsprechung des 8. Senats des BAG... 217	
b) Meinungsbild in der Literatur	218
c) Stellungnahme	219
2. Das Kriterium der Belegschaftsübernahme im Rahmen von § 613a BGB.....	220
a) Kein Konzeptionswechsel in der Rechtsprechung des 8. Senats des BAG?. 220	
b) Identitätsbildende Kraft der Belegschaft bei Produktionsbetrieben	221
c) Belegschaftsübernahme als Teilaspekt der Gesamtbetrachtung – auch für den 8. Senat	222
3. Leistungsbereitschaft als Voraussetzung für den Übergang der Arbeitsverhältnisse 223	
a) Entscheidung des BAG vom 20.04.1989.....	223
b) Einfluss der Leistungsbereitschaft auf das Vorliegen eines Betriebsübergangs.. 224	
aa) Vorliegen eines Betriebsübergangs bei Verhandlungen über Betriebsveräußerung	225
bb) Weigerung des Arbeitnehmers als Widerspruch im Sinne von § 613a Abs. 6 BGB	226
B. Der Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder bei Betriebs(teil)übergängen.....	227
I. Der Sonderkündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder bei Betriebs(teil)übergang 227	
II. Kündigung widersprechender Betriebsratsmitglieder bei Betriebs(teil)übergang... 228	
1. Widerspruch gegen einen Betriebsübergang	228
2. Widerspruch gegen einen Betriebsteilübergang	229
a) Verdrängungsanspruch zu Gunsten des widersprechenden Betriebsratsmitglieds	230
b) Zustimmungspflichtigkeit der Versetzung gem. § 103 Abs. 3 BetrVG infolge Widerspruchs	232
aa) Widerspruch als Zustimmung zur Versetzung im Sinne von § 103 Abs. 3 S. 1 Hs. 2 BetrVG.....	233

bb)Notwendigkeit der Überprüfung der Erforderlichkeit der arbeitgeberseitigen Maßnahme	234
III. Grenzüberschreitende Betriebs(teil)übergänge und ihre Auswirkungen auf den Sonderkündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder	235
1. Anwendbares Recht bei einem grenzüberschreitendem Betriebs(teil)übergang.	235
2. Ende des Sonderkündigungsschutzes mit Übergang des Arbeitsverhältnisses ...	236
C. Zusammenfassung.....	238
5. KAPITEL: ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE.....	241
§ 1 Die gesetzliche Ausgestaltung des Sonderkündigungsschutzes der Betriebsratsmitglieder.....	241
§ 2 Kein Sonderkündigungsschutz bei der Umsetzung genereller Maßnahmen	242
§ 3 Anknüpfung des Sonderkündigungsschutzes an den Fortbestand der betrieblichen Identität	243
§ 4 Auswirkungen von betriebsübergreifenden Umstrukturierungen	244
§ 5 Der Sonderkündigungsschutz bei Betriebs(teil)übergängen	244
§ 6 Korrekturbedürftigkeit der Rechtsprechung des BAG zu Betriebsverlegungen.....	245
Literaturverzeichnis.....	247